Umweltverbände gegen LNG-Terminal in Brunsbüttel

hansa-online.de/2018/10/featured/108045/umweltverbaende-gegen-lng-terminal-in-brunsbuettel

5. Oktober 2018



Gegen die Pläne der Landesregierung Schleswig-Holsteins, ein Flüssiggasterminal in Brunsbüttel zu unterstützen, formiert sich Widerstand. Über 20 lokale Gruppen und Umweltverbände haben in einer Stellungnahme die ökologischen und ökonomischen Gründe dagegen dargelegt.

Die Unterzeichner machen darauf aufmerksam, dass Erdgas, welches hauptsächlich aus Methan besteht, nur ein weiterer fossiler Energieträger ist, auf den man auf Grund seiner klimaschädigenden Wirkung dringend verzichten müsse. »Bereits geringe Methanemissionen verleihen Erdgas einen enormen Treibhausgas-Fußabdruck. Wenn neben den beim Verbrennen entstehenden CO_2-Emissionen auch die bei der Förderung und dem Transport anfallenden Methanleckagen berücksichtigt werden, fällt die Klimabilanz von Erdgas deutlich schlechter aus, als zunächst angenommen«, so die Kritik. Bereits beim sogenannten konventionellen (d.h. ohne Fracking gewonnenen) Erdgas könnten bis zu 4 % der gesamten Produktion in die Atmosphäre entweichen. Dies geschehe durch Leckagen und Druckentlastung an der Förderstelle, während der Lagerung und beim Transport zum Abnehmer. Dies betreffe auch die Herstellung und den Transport von LNG. Bei gefracktem Gas (insbesondere Schiefergas) könnten die Methanemissionen drei- bis viermal so hoch liegen, heißt es in dem Brief.

Die negative Klimawirkung und Methanemissionen im gesamten Lebenszyklus von Gas, die Notwendigkeit der schnellen Dekarbonisierung und die Rolle von Gas als schärfster Widersacher von alternativen Lösungen außer Acht lassend, werde LNG dennoch als »vermeintlich umweltfreundlich und alternativlos« vermarktet.

Reinhard Knof von der »BI gegen CO_2-Endlager« sagt dazu: »Eine Unterstützung des

klimafeindlichen LNG – und dies auch noch mit öffentlichen Fördermitteln – ist völlig konträr zu den verbindlich beschlossenen Klimaschutzzielen und widerspricht auch den Vorgaben des Energiewende- und Klimaschutzgesetz in Schleswig-Holstein.«

»Kein Bedarf«

Weiterhin verweisen die VerfasserInnen der Stellungnahme auf aktuelle Forschungsergebnisse, die zeigen, dass der Umstieg auf LNG bei der Antriebstechnik im Transportsektor nicht nur viel zu teuer sei, sondern dass auch damit die Klimaziele nicht erreicht werden könnten. Zudem werde zusätzliche Gasinfrastruktur und insbesondere das angedachte LNG Terminal in Brunsbüttel mit dem Argument geringerer Abhängigkeit von russischem Gas gerechtfertigt, aber ausgerechnet einer der Investoren vor Ort, Gasunie, habe das bestehende LNG-Terminal in Rotterdam (mit einer Auslastungsquote von lediglich 4%) als Gasknotenpunkt für russisches Gas angeboten und von dort aus auch bereits russisches LNG nach Kanada verschifft.

»Öffentliche Fördermittel in Millionenhöhe sollen in LNG-Großprojekte mit einer ökonomischen Lebenszeit von 30 – 50 Jahren fließen, obwohl es keinen Bedarf gibt«, sagt Andy Gheorghiu, Policy Advisor und Campaigner für Food & Water Europe. »Deutschland ist überversorgt mit Gas, und obwohl unser Land bis 2050 vollständig dekarbonisiert werden muss, werden sehenden Auges Investitionsruinen generiert.«

»Verbeugung vor Donald Trump«

Angesichts der Auswirkungen auf Klima- und Umweltschutz, der lokalen Gesundheitsrisiken und Sicherheitsaspekte sowie der Gefahr der Schaffung von Investitionsruinen fordern die Unterzeichner eine sofortige Neu-Evaluierung des Projektes unter Einbeziehung aller vorhandenen Klima-/Umwelt-/Gesundheitsschutz- und Sicherheitsaspekte, die sofortige Rücknahme der Inaussichtstellung von öffentlichen Fördermitteln und die Eröffnung eines öffentlichen Beteiligungsverfahrens sowie eine strategische Umweltprüfung.

»Das Terminal in Brunsbüttel wirbt zusammen mit Wirtschaftsminister Altmaier und EU-Kommissionspräsident Juncker ausdrücklich für US-Fracking-Gas, das mit unserem Klima sowie der Umwelt und Gesundheit der amerikanischen Bevölkerung erkauft wird – eine Verbeugung vor Donald Trump«, sagt Stephan Klose von der BI Gesundheit und Umweltschutz Unterelbe. »Die Stadt Brunsbüttel und die Landesregierung fordern wir auch im Sinne der nachfolgenden Generationen auf, statt wiederum in klimaschädliche fossile Energien zu investieren, alle Möglichkeiten zu nutzen, die Energiewende endlich konsequent mit umzusetzen – öffentliche Gelder wären in der Erforschung von dringend benötigten Speichertechniken für Wind- und Solarstrom erheblich besser angelegt.«